



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die skandinavische Union zwischen Schweden, Norwegen und Dänemark.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die skandinavische Union zwischen Schweden, Norwegen und Dänemark.

Der Vertrag vom December zwischen den Westmächten und Schweden hat die Blicke Europas wiederum auf die skandinavischen Königreiche gerichtet. Seit dem Verlust Finnlands und der Vereinigung mit Norwegen hat Schweden nicht nur seine frühere politische Stellung und seine Bedeutung für den Norden Europas verloren, sondern es hatte auch ein politisches System adoptirt, wodurch es gleich Dänemark von Rußland am Schlepptau geführt wurde.

Seit der Wahl Bernadottes zum schwedischen Thronfolger, im Jahr 1810, und dem Kriege Frankreichs gegen Rußland, im Jahre 1812, hat letzteres einen entscheidenden Einfluß in Stockholm gewonnen, einen Einfluß, der sich bis in die neueste Zeit geltend machte und der Politik des schwedischen Cabinets die Richtung gab, der sie bisher folgte.

Der Vertrag mit den Westmächten hat dieser Politik ein Ende gemacht und es ist für das europäische Interesse zu hoffen, daß Schweden wiederum die politische Stellung einzunehmen trachten wird, die es in früheren Jahrhunderten einnahm, nämlich eine starke unabhängige Macht zweiten Ranges zu sein, die vermittelst ihrer geographischen Lage vorzugsweise dazu geeignet erscheinen möchte, im Norden Europas das Gleichgewicht zwischen dem Osten und dem Westen aufrecht zu erhalten. Auch glauben wir nicht zu irren, wenn wir behaupten, daß die drei skandinavischen Königreiche, Schweden, Norwegen und Dänemark dazu bestimmt sind, in nicht gar ferner Zeit zu einer skandinavischen Union unter dem Scepter der gegenwärtigen schwedischen Dynastie verbunden zu werden.

Es möchte diese Behauptung, nachdem vor wenigen Jahren das londoner Protokoll unterzeichnet und der darauf beruhende sogenannte dänische Gesamtstaat gebildet ist, auffällig erscheinen, insbesondere denjenigen, denen die gegenwärtigen dänischen Zustände und Verhältnisse unbekannt sind. Wir glauben aber, daß grade in diesen Zuständen und Verhältnissen die sicherste Garantie für die Richtigkeit unsrer Behauptung liegt, und zwar aus folgenden Gründen.

Das londoner Protokoll war ein Versuch, den auf Rußlands Antrieb die Großmächte machten, um die Trennung der deutschen Herzogthümer von Dänemark und Dänemarks Vereinigung mit Schweden und Norwegen zu einer skandinavischen Union zu verhindern, welches letztere bei dem Ausbruch der Revolution in Kopenhagen, im März 1848, im Plane der dortigen skandinavischen Partei lag. Der Kampf mit den Herzogthümern galt damals nur dem Herzogthum Schleswig, welches die skandinavische Partei in Kopenhagen der Union mit Schweden und Norwegen als „Morgengabe“ mitbringen wollte. Die deutschen Bundeslande, Holstein und Lauenburg dagegen wollte die Partei los sein; deshalb war sie auch geneigt, auf den von England gemachten Vorschlag, einer Theilung Schlesiws einzugehen, welcher Vorschlag indessen an der Kurzsichtigkeit der damaligen provisorischen Regierung in den Herzogthümern scheiterte und welcher gänzlich zu Grabe getragen wurde, als das dänische Märzministerium im November 1848, auf Verlangen Rußlands, einem andern Ministerium Platz machen mußte.

Man glaubte bei Unterzeichnung des londoner Protokolls dem naturgemäßen Verfall der dänischen Monarchie dadurch vorbeugen zu können, daß man für den deutschen und dänischen Theil der Monarchie eine neue Thronfolgeordnung schuf und für alle verschiedenen Theile der Monarchie eine gemeinsame Verfassung einführte, neben welcher jeder einzelne Theil auch noch seine eigne Verfassung erhielt. Ohne Berücksichtigung der verschiedenen Nationalitäten, Verhältnisse, Rechte, Geseze und Volkscharaktere in den einzelnen Theilen dieses neugebildeten Gesamtstaats glaubte man in London, durch einen auf Papier geschriebenen Machtspruch alle Schwierigkeiten, zu welchen der Streit zwischen Dänemark und den deutschen Herzogthümern die Veranlassung gegeben hatte, beseitigen zu können und man hoffte dadurch einer Verlegenheit aus dem Wege gegangen zu sein, die schon lange wie ein Alp auf die europäische Diplomatie drückte. Niemand, außer Rußland, am wenigsten aber England, erkannte damals, welche Folgen das londoner Protokoll für den neugebildeten Gesamtstaat haben mußte. Niemand scheint begriffen zu haben, daß eine Monarchie von kaum zwei Millionen Menschen mit halb skandinavischer, halb deutscher Bevölkerung, gebildet aus einem skandinavischen Königreiche mit den vom Mutterlande entfernt liegenden Inseln Island und den Faröern, einem halb dänischen, halb deutschen Herzogthum und zweien ganz deutschen, zum deutschen Bunde gehörenden Herzogthümern, von welcher jeder einzelne Theil seine eigne Verfassung, alle Theile zusammen aber eine gemeinsame Verfassung erhielten, ein so complicirtes Staatsgebäude ist, daß in dieser Staatsorganisation selbst der Keim zu dessen baldiger Auflösung liegt. In der dänischen Monarchie bestehen nicht weniger als sieben verschiedene repräsentative Verfassungen mit acht repräsentativen Versammlungen und mit

einem Gesamtministerium, von welchem ein Theil dem dänischen Reichstage, ein Theil nur dem König allein verantwortlich ist. Die Folgen hiervon werden fortwährende Conflictte sein zwischen den verschiedenen Nationalitäten, den einzelnen Ständeversammlungen und wiederum zwischen diesen und der Regierung. Was letztere aufbauen und einführen will erleidet Widerspruch und Opposition bald von der einen, bald von der andern Seite. Was die Dänen wollen, ist den Deutschen zuwider; was die Deutschen wünschen, wird von den Dänen bekämpft. In dem Reichsrathe, in welchem Dänen und Deutsche nebeneinander sitzen, werden beide Sprachen geredet, ohne daß alle Mitglieder einander verstehen, da die wenigsten Holsteiner und Südschleswiger der dänischen und sehr viele Dänen der deutschen Sprache nicht mächtig sind; der gegenwärtige Präsident des Reichsrathes, Professor Madvig aus Kopenhagen, soll sich nicht ohne Schwierigkeit auf Deutsch verständlich machen können, der Vicepräsident, Professor Burchardi aus Kiel, ein geborner Nordschleswiger, soll nur das schleswigsche sogenannte Raben- oder Kartoffeldänisch sprechen können, welches weder Dänen noch Deutsche verstehen. Gegenseitiges Mißvergnügen und gegenseitige Erbitterung wie allgemeine Unzufriedenheit sind die Folgen dieser erkünstelten, unnatürlichen Staats Einrichtung, durch welche kein Theil befriedigt wird und die besten Kräfte der einzelnen Theile sich gegenseitig aufreiben. Keine Regierung, kein Minister, kein staatsmännisches Talent vermag unter solchen Umständen und Verhältnissen auf die Länge das Regiment zu führen, ohne ein Opfer der Parteien und somit aller Kraft und Würde beraubt zu werden. Wie trostlos diese Verhältnisse sind und wie wenig die Dänen durch dieselben befriedigt werden, geht am deutlichsten aus der dänischen Presse hervor. Als Beweis der dortigen Ansichten und Stimmungen mag hier der Anfang eines längeren Artikels über den Reichsrath in einem viel gelesenen dänischen Blatte Platz finden:

„Der sogenannte Reichsrath ist zum ersten Mal versammelt. Es sind acht Jahre seit den Märztagen 1848. Die Gesamtverfassung und der Reichsrath sind das Resultat so blutiger Kämpfe, so großer Anstrengungen, so mancher Verwicklungen, so verschiedener Versuche; der letzte Rest unserer theuersten Hoffnungen liegt begraben — im Reichsrathe alle, zu welcher Partei sie auch gehören, sind mißvergnügt. Keiner glaubt daran, daß diese Verfassung und dieser Zustand von langer Dauer sein wird. Die holsteinische Ständeversammlung ist schon in vollem Aufruhr gegen die neue Verfassung, und des Reiches alte Feinde treten schon sogleich wieder dreister auf, als vor 1848, gesichert und gestärkt in ihrer Widerstandskraft durch die neue Separatverfassung u. u. u.“

Niemand wird hiernach glauben wollen oder können, daß die gegenwärtige Staatsmaschine, welche darauf berechnet ist, die einzelnen Theile des sogenann-

ten dänischen Gesamtstaats zusammenzuhalten, noch lange in Wirksamkeit zu bleiben vermag. Bricht diese Maschine aber zusammen, so ist eine Selbstfolge, daß die einzelnen Theile des Gesamtstaats dorthin fallen, wohin sie zufolge ihrer naturgemäßen Entwicklung fallen müssen, wohin sie durch nationale Sympathien und materielle Interessen unwiderstehlich hingezogen werden und wohin sie im europäischen Interesse, zufolge einer gesunden Politik, gehören, nämlich Dänemark an Scandinavien, die Herzogthümer an Deutschland.

Der Kampf, der zwischen Dänemark und den Herzogthümern geführt wurde, und den man durch das londoner Protokoll und die dänische Gesamtstaats-einrichtung beizulegen meinte, ist kein Kampf von gestern oder heute. Von Dänemark und Rußland getäuscht, meinten die Unterzeichner des londoner Protokolls, es handle sich hier nur um dynastische Interessen und eine sogenannte Volksfreiheit im Gegensatz einer unumschränkten Regierungsform. Man glaubte durch Ordnung der Thronfolge und Einführung einer durch Verfassungen eingeschränkten Regierungsform alle Bedürfnisse und Wünsche befriedigt zu haben. Die eigentliche Ursache jenes Kampfes, der schon seit 600 Jahren, nämlich seit der Zeit des dänischen Königs Waldemars des Siegers bestanden hat und seit der Zeit mit den verschiedenartigsten Waffen und abwechselndem Erfolge geführt wurde, erkannte wol keiner jener Unterzeichner des londoner Protokolls. Dieser Kampf ist kein anderer, als der Kampf des skandinavischen Elements mit dem deutschen Elemente an den nördlichen Grenzen Deutschlands. Das Dänenthum will nach Süden vordringen, sein skandinavisches Sprach- und Nationalitätsgebiet dorthin erweitern und will deshalb das deutsche Element theils zurückdrängen, theils gänzlich unterjochen. Das deutsche Element jenseits der Elbe will sich weder zurückdrängen, noch von dem Dänenthum unterjochen lassen; und so muß ein Kampf zwischen beiden entstehen und fortgeführt werden, bis entweder der eine Theil den andern gänzlich unterjocht und in sich aufgenommen hat, oder beide Theile dergestalt voneinander getrennt werden, daß alle Berührungspunkte und daraus entstehende Conflictte von selbst wegfallen.

Da ersteres nun nicht möglich ist, denn weder wird es den Dänen gelingen, den niedersächsischen Volksstamm der Südschleswiger, Holsteiner und Lauenburger in Scandinavien, noch jenen, die Inselndänen in Deutsche zu verwandeln, so bleibt nur letzteres übrig, nämlich Dänemarks Vereinigung mit den beiden Schwesterreichen, Schweden und Norwegen, und der deutschen Herzogthümer Vereinigung mit Deutschland.

Das Königreich Dänemark, unter eigener Verfassung, in Union mit den beiden andern skandinavischen Königreichen, ist wie gesagt schon seit lange der Wunsch einer mächtigen Partei in Dänemark, der Partei, die sich selbst den

Namen der skandinavischen Partei beigelegt hat. Diese Partei ist die einzige, die in Dänemark eine Zukunft beßigt und zu ihr gehören fast alle, die in Dänemark auf Intelligenz und Bildung Anspruch machen. In der Union mit den beiden andern skandinavischen Königreichen erblicken die Dänen eine sichere Bürgschaft für die Aufrechthaltung und Entwicklung ihrer skandinavischen Nationalität, die sie stets von der deutschen Nationalität gefährdet glauben; in dieser Union finden sie die Befriedigung ihres nationalen Ehrgeizes, indem sie niemals die politische Rolle vergessen können, die Dänemark in frühern Jahrhunderten spielte; und in dieser Union meinen sie der einflußreichste Theil derselben zu werden und die ganze Union beherrschen zu können. Gründe genug für die Dänen bei ihrem eingewurzelten Haß gegen alles Deutsche und bei den trostlosen Aussichten, die für die Zukunft sich ihnen eröffnen, sowol in Betreff ihrer innern Verhältnisse, wie in Betreff der ganzen politischen Stellung ihres Vaterlandes, welches unter den gegenwärtigen Verhältnissen fremden Interessen, insbesondere denen Rußlands dienen muß, nur ihr Heil in dieser Union zu erblicken.

Will man nun im europäischen Interesse aus einem politischen Gesichtspunkte die Union der drei skandinavischen Königreiche betrachten, so ist es einleuchtend, daß nichts mehr im Interesse der Westmächte und Deutschlands liegt, als eine Macht im äußersten Norden Europas zu schaffen, welche vermittelt ihrer geographischen Lage sowol, wie ihres gesammten Ländercomplexes stark genug wäre, sich jedem fremden Einflusse zu entziehen und doch infolge ihrer eignen Interessen genöthigt wäre, sich dem Westen oder Deutschland anzuschließen.

Wir haben im Vorstehenden das deutsche Publicum auf die vereinigte Lösung der skandinavischen Frage aufmerksam zu machen und zugleich zu zeigen versucht, wie in der Lösung derselben ebenfalls die Lösung der dänischen und schleswig-holsteinischen Frage liegt. Der politische Schleier, der noch die nächste Zukunft Europas verhüllt, wird vielleicht bald gelüftet werden und alsdann wird sich zeigen, ob die skandinavische Union der drei nordischen Königreiche früher oder später ins Leben zu treten verspricht. Daß sie aber ins Leben treten wird und muß, ist unausbleiblich und es handelt sich hier nur um einen kürzern oder längern Zeitpunkt.

Berliner Eindrücke.

3.

Das neue Museum in Berlin.

Es ist drei Jahre her, daß ich in diesen Blättern über die Kunstanstalten Berlins berichtet habe. In dieser Zeit hat sich der Reichthum doch ziemlich